

**Antrag 159/I/2025 KDV Mitte
Keine Einsparungen auf Kosten der Zukunft – Verantwortung übernehmen, Kinder und Familien stärken!**

Beschluss:

Die Mitglieder des Senats und der AGH-Fraktion der SPD Berlin werden aufgefordert, sicherzustellen, dass im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2026/2027 die gesetzlichen Grundlagen des Kinder- und Jugendförderungs- und -beteiligungsgesetzes sowie des Familienfördergesetzes als verbindliche Rechtsverpflichtung in Berlin konsequent umgesetzt werden.

Hierfür sind folgende Maßnahmen essenziell und zwingend zu ergreifen:

1. Konsequente Umsetzung der beiden Fördergesetze.
2. Zweckgebundene Mittelzuweisung an die Bezirke, um bestehende Angebote abzusichern und verlässlich umsetzen zu können.
3. Tarifgerechte Finanzierung, auch für freie Träger.

Überweisen an

AH Fraktion